

Edda-Müller-Archiv

www.bayerischer-anwaltverband.de

25 Jahre deutsche Einheit - Wie es um die innere Einheit bestellt ist (2015)

Anrede,

wenn ich mich an die jüngsten Festlichkeiten zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit zurück erinnere, dann ist mir vor allem ein Satz der SPD-Bundestagsabgeordneten und Ost-Beauftragten der Bundesregierung, Iris Gleicke, im Gedächtnis geblieben. Sie sagte in einem Interview: „ Es waren die Ostdeutschen, die für Freiheit und Demokratie auf die Straße gegangen sind. Die hat uns nicht Helmut Kohl oder wer auch immer geschenkt“¹.

Erkennbar wird in dieser Aussage die **Befindlichkeit** vieler Menschen in den „neuen Bundesländern“ die wir Westdeutsche auch heute noch – 25 Jahre nach der Wiedervereinigung – nicht ausreichend verstehen und würdigen. Es geht um ein verletztes Selbstwertgefühl, um den Eindruck, dass die Verdienste um die deutsche Einheit vor allem den Westdeutschen zu Gute kommen und faktisch die Wiedervereinigung politisch, juristisch und ökonomisch nichts anderes war als der Anschluss des Ostens an den Westen.

Ich will über diese Befindlichkeiten sprechen und darüber, dass wir an der **Festigung der inneren Einheit** noch arbeiten müssen. Berichte – wie das **Buch von Jean-Pierre Hammer** - zum Denken kritischer Intellektueller in der DDR wie Robert Havemann, Jürgen Fuchs und andere, sind dabei als Hilfe gegen das Vergessen wichtig.

Zunächst aber ein paar Bemerkungen zu meiner **Biografie**. Sie erklärt, warum mich die Wiedervereinigung auch heute noch sehr froh und glücklich macht und warum ich trotz aller Sorgen und Kritik zu den Deutschen gehöre, die das Glas der deutschen Einheit für halb voll und nicht für halb leer halten.

Nach der Flucht aus den ehemals deutschen Ostgebieten Ende des zweiten Weltkriegs baute sich meine Familie im ostdeutschen Meißen recht erfolgreich eine neue Existenz auf. Anfang der 1950er Jahre wurde dann aber die Firma meines Vaters enteignet. Wir flohen in den Westen, wo ich später im Ruhrgebiet mein Abitur machte. In den 1960er Jahren ging ich zum Studium nach Berlin. Der Mauerbau war gerade knapp zwei Jahre her. Studenten der Freien Universität und der Technischen Universität klügelten damals immer wieder neue Wege aus, wie sie ihren Freunden und Verwandten in Ostberlin und der DDR zur Flucht verhelfen konnten. Ich war eine dieser Studentinnen und wurde bei einem Kurierdienst nach Ostberlin verhaftet und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Haft verbrachte ich in einem Untersuchungsgefängnis der Stasi in Berlin-Niederschönhausen und im Frauengefängnis in der Barnimstraße, in dem auch Rosa Luxemburg zu Zeiten der Weimarer Republik gesessen hatte. Nach meiner Haftentlassung setzte ich mein Studium an der Freien Universität fort. Ich erlebte den Westberliner Alltag mit kilometerlangen Staus von Lastwagen vor

¹ Markus Decker: Was ich dir schon immer mal sagen wollte. Ost-West-Gespräche, 2015, S. 184

dem Grenzübergang Dreilinden, weil die DDR-Grenzer mal wieder für unbestimmte Zeit die Transitwege gesperrt hatten. Ich erinnere mich an die Freude, meine Bücher mit dem Bundestagsgepäck transportieren zu dürfen, als ich Ende der 1960er Jahre von Berlin nach Bonn umzog, um meinen ersten Job als Assistentin einer Bundestagsabgeordneten anzutreten. Dies ersparte mir die Mühe, alle meine Bücher einzeln auf einer Liste - in 9-facher Ausfertigung - aufschreiben zu müssen – dies war eine der zahlreichen Schikanen für Westberliner Transitreisende durch die DDR. Und schließlich erinnere ich mich an den Eintrittspreis von 25 DM für den Besuch in Ostberlin zu Zeiten als die Ostpolitik von Willy Brandt die Berliner Mauer zumindest von West nach Ost etwas durchlässiger gemacht hatte. Heute lebe ich wieder im Berliner Westen und freue mich noch immer riesig, wenn ich – einfach so – mit der S-Bahn zum Gendarmenmarkt oder zur Friedrichstraße fahren kann.

Das vereinte Deutschland - Erfolgsgeschichte mit Schönheitsfehlern

„Wer heute durch Ostdeutschland fährt, wird von der ehemaligen DDR nur noch wenig erkennen. Die wunderschönen, traditionsreichen Städte, die in ihrer Mehrzahl kurz vor dem endgültigen Zerfall standen, erstrahlen mittlerweile wieder in neuem Glanz - flächendeckend vom Norden bis in den Süden. Selbst auf dem Lande haben die Menschen mehrheitlich ihre privaten Häuser renoviert und neu ausgestattet. Die Straßen und Autobahnen, die Schienenwege – sie sind teilweise in einem besseren Zustand als in Westdeutschland. Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Altenheime, Regierungsgebäude, Sportanlagen, Flughäfen – wohin man sieht, alles ist neu und in einem guten Zustand. Auch die ökologischen Altlasten wurden weitgehend beseitigt. Alte DDR-Autos sind kaum noch zu sehen, die Menschen werden im Durchschnitt älter, sind gesünder, gut gekleidet und genährt. Obwohl die 16 Millionen Ostdeutschen niemals in die Rentenkassen der Bundesrepublik einzahlten – einzahlen konnten – werden sie als Rentner gleich behandelt, wie die Westdeutschen. Seit 1990 können Ostdeutsche reisen, wohin sie wollen und in freien Wahlen ihre politischen Repräsentanten bestimmen. Bundes – und Landesregierungen sind installiert, Gerichte arbeiten, das Sozialsystem ist solide abgesichert.

All dies wurde in 25 Jahren mit menschlichem Fleiß, Kreativität und einem finanziellem Aufwand von bisher 2 Billionen Euro auf die Beine gestellt. **Von außen gesehen ist die Wiedervereinigung ohne Zweifel eine einzigartige Erfolgsgeschichte.**

Ein wenig getrübt wird das Bild dieser Erfolgsgeschichte, wenn man sich die wirtschaftlichen Daten anschaut.

Kanzler Kohl hatte 1990 blühende Landschaften versprochen und eine Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West in nur wenigen Jahren vorausgesagt. Inzwischen mussten wir einsehen, dass dies sehr viel mehr an Kraft, Ausdauer und Zeit erfordert, als wir uns dies damals vorgestellt hatten. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hatte 2009 immerhin 73% des Westniveaus erreicht. Ähnliches gilt für die Produktivität. Sie lag unmittelbar vor der Deutschen Einheit bei etwa 25% des Westniveaus – jetzt sind es 75%. Die ostdeutsche Wirtschaft hat also einen immensen Aufhol- und Modernisierungsprozess zurückgelegt. Dennoch muss Ostdeutschland weiterhin massiv von der Bundesregierung und den westdeutschen Bundesländern unterstützt werden.

Diese leichte Eintrübung des insgesamt positiven Bildes erklärt aber noch nicht die Tatsache, dass nach wie vor **70% der Ostdeutschen sich als Deutsche zweiter Klasse** empfinden. Zwar wollen über

90% die DDR nicht wiederhaben, die Euphorie der Anfangszeit ist jedoch rasch verklungen, Ernüchterung und Enttäuschung sind weit verbreitet“².

Warum? Was sind die wesentlichen Gründe?

Lassen Sie mich mit meinem Lieblingsswitz zur deutschen Einheit beginnen. Er geht wie folgt: Kurz nach der Wende sagt der Ostdeutsche strahlend zum Westdeutschen; Wir sind ein Volk. Daraufhin sagt der Wessi: Wir auch³.

Nun aber wieder zur ernsthaften Analyse:

„ Wir gingen – erstens - schon mit teilweise sehr fehlerhaften Vorstellungen in diese Vereinigung hinein. Tatsächlich glaubten viele Menschen vor der Vereinigung, die Deutschen seien eben Deutsche – außer politisch-administrativen, technischen oder wirtschaftlichen Problemen gäbe es zwischen den Menschen aus Ost und West keinerlei Hindernisse, die zu überwinden wären. Nach der Vereinigung wurden wir schnell eines Besseren belehrt. Unsere Lebenswege, eingebettet in die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, haben uns stärker geprägt, als uns bewusst war. In der allgemeinen Euphorie der Wendezeit war dies nicht sofort erkennbar. Dann aber schnitten wirtschaftliche, soziale und politische Veränderungen, verantwortet von den übermächtigen westdeutschen Entscheidungsträgern, tief und schmerzlich in das Leben breiter ostdeutscher Bevölkerungsschichten ein. Damit begann ein **Entfremdungsprozess**. Viele ehemalige DDR-Bürger behaupten, erst danach sich ihrer ostdeutschen Identität bewusst geworden zu sein.

Zweitens waren es falsche Erwartungen: Die Ostdeutschen glaubten, mit der Vereinigung sowohl die positiven Seiten des Sozialismus wie auch die des Kapitalismus haben zu können: Einerseits lebenslang feste Arbeitsplätze, billige Wohnungsmieten, preiswerte öffentliche Transportmittel, subventionierte Grundnahrungsmittel, wie sie das in der DDR gewohnt waren. Andererseits politische Freiheit, grenzenlose Reisemöglichkeiten, die D-Mark und ein unbegrenztes Konsumangebot, wie sie das in der marktwirtschaftlich organisierten Bundesrepublik vorzufinden hofften.

Was kam, war zuerst einmal eine massive Arbeitslosigkeit. Innerhalb weniger Monate nach der Vereinigung lagen Zweidrittel der maroden DDR-Betriebe am Boden. Sie waren auf den jetzt nach Westen offenen Märkten nicht mehr konkurrenzfähig. Die Treuhandanstalt, der das gesamte öffentliche DDR-Vermögen unterstellt wurde, bot Produktionsanlagen, Grundstücke und landwirtschaftliche Flächen zum raschen Verkauf an – wenn dies nicht gelang, wurden die Betriebe geschlossen.

Die damit verbundene Arbeitslosigkeit waren DDR-Bürger nicht gewöhnt. Für sie war der Gang zum Arbeitsamt und zum Sozialamt eine tiefe Demütigung. Eine ganze Generation, vor allem die im Alter zwischen 40 und 60 Jahren, musste nun eine unstete, unsichere Berufsbiografie erleiden: Arbeitslosigkeit, Umschulung, kurzfristige, meist vom Staat finanzierte öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, erneute Arbeitslosigkeit, erneute Umschulung ...

² Aus: Axel Schmidt-Gödelitz: Vortrag für eine südkoreanische Delegation in Berlin am 12. 8. 2015, unveröffentlichtes Manuskript, Ost-West-Forum Gut Gödelitz e.V.

³ Markus Decker, a. a .O, S. 72

Hinzu kam, dass die wichtigsten Leitungspositionen in Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und den Medien von westdeutschen Fachkräften besetzt wurden. Allein 34 000 westdeutsche Leihbeamte mit einer finanziellen Sonderzulage übernahmen die von DDR-Funktionären freigeräumten Leitungspositionen. Niemand von ihnen wurde zuvor in Schulungen auf Land und Leute vorbereitet. Die Umstellung eines diktatorisch regierten Landes mit sozialistisch-planwirtschaftlichen Strukturen in eine demokratisch-pluralistisch regierte soziale Marktwirtschaft wurde in wenigen Jahren mit großer Kraftanstrengung durchgesetzt. Auf die damit verbundenen menschlichen und beruflichen Konsequenzen für die ehemaligen DDR-Bürger wurde dabei nicht sonderlich geachtet.

Auf diese Weise sind die anfangs genannten Erfolge erzielt worden. Und sie bleiben eine großartige Leistung. Aber immer noch ist die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland mit 12 % doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Das Gleiche gilt für den Niedriglohnsektor – Ostdeutsche verdienen im Schnitt 17% weniger als Westdeutsche. Deshalb wandern junge, aktive und gut ausgebildete Ostdeutsche – an ihrer Spitze junge Frauen – in die westlichen Bundesländer ab. Fast 2 Millionen Menschen (1,8 Millionen 2015) hat Ostdeutschland per Saldo auf diese Weise verloren. Das Investitionskapital befindet sich zu 95% in den Händen westdeutscher Besitzer. Die Aufarbeitung der Vergangenheit empfinden viele Ostdeutsche als ungerecht und einseitig.

Nur 5% der deutschen Führungselite kommt nach wie vor aus Ostdeutschland, wo 20% der Bevölkerung lebt. Obwohl die Bundeskanzlerin wie auch der Bundespräsident aus Ostdeutschland stammen, findet man nur eine ostdeutsche Bundesministerin im Kabinett, kein Richter des Bundesverfassungsgerichts, nur ein Richter an den Bundesgerichtshöfen, kein wichtiger Chefredakteur, kein DAX-Vorstand hat eine ostdeutsche Biografie. 95% der Professuren in den Geistes – und Sozialwissenschaften sind – selbst an ostdeutschen Universitäten – mit Westdeutschen besetzt.

Ostdeutsche fühlen sich nach wie vor diskriminiert - auch im 25. Jahr nach der Wiedervereinigung.

Während in einem Teil der ostdeutschen elektronischen Medien eine Art DDR-Nostalgie beklagt wird, ist die von der Bundesregierung weitgehend finanzierte Interpretation der DDR-Geschichte reduziert auf Stasi, Diktatur und Unrechtsstaat. Auch das zum Ärgernis eines Großteils der Ostdeutschen. In allen ostdeutschen Flächenländern hat die Linkspartei auch aus diesem Grund mehr als 20% der Wählerschaft – in Thüringen stellt sie sogar den Ministerpräsidenten“⁴.

Was hätten wir besser machen müssen?

Hätte man sich mehr Zeit nehmen müssen? Die Einführung der D-Mark hinauszögern, um den Wegfall der Märkte im Osten zu verhindern? Die westdeutschen Helfer besser schulen, damit sie mit mehr Einfühlungsvermögen, weniger Arroganz als „geborene Besserwisser“ ihre Aufgaben hätten erfüllen können? Waren Fehler bei der raschen Privatisierung ostdeutscher Unternehmen durch die Treuhand vermeidbar? Und schließlich hätten wir eine breitere demokratische Beteiligung und Legimitation durch einen Verfassungsprozess und eine gesamtdeutsche Verfassung gebraucht? Ich kann und will all diese Fragen auch deshalb nicht beantworten, weil ich die Dynamik der Wende fast wie eine Naturgewalt empfinde, und es auch noch heute als Verdienst von Helmut Kohl ansehe, das –

⁴ aus: Axel Schmidt-Gödelitz: Vortrag für eine südkoreanische Delegation in Berlin am 12. 8. 2015, unveröffentlichtes Manuskript, Ost-West-Forum, Gut Gödelitz e.V.

wie wir im Rückblick wissen - nur kurze Zeit offene Gelegenheitsfenster für die deutsche Einheit genutzt zu haben.

Ich will stattdessen zu den Befindlichkeiten zurückkommen und auch ein paar Worte dazu sagen, ob es beim Zusammenwachsen zweier unterschiedlicher Systeme nicht auch Wege gab und gibt, die mentale Trennung zu überwinden.

Viele Ostdeutsche beklagen zu Recht den **mangelnden Respekt** für ihre Lebensleistung und das **mangelnde Interesse** des Westens an dem enormen **Anpassungsbedarf**, den sie zu bewältigen hatten.

Der Westen blieb unverändert, während sich im Osten bis zu den banalsten Dingen des Alltags fast alles veränderte. Es war aber nicht nur das fehlende Interesse, das der anfänglichen Euphorie folgte. Vorherrschend war im Westen die geringe Bereitschaft, von den eigenen Gepflogenheiten und Besitzständen auch nur in geringstem Maße abzuweichen. Dazu zwei Beispiele: 1. Beispiel: Nachdem der Bundestag 1991 mit knapper Mehrheit für Berlin als Bundeshauptstadt votiert hatte, dauerte es 8 Jahre bis der Umzug der Bundesregierung nach Berlin in die Gänge kam. In der Zwischenzeit entschieden Ministerialbeamte und Politiker, die in ihren Bonner Amtsstuben saßen und zumeist nur eine rudimentäre Ahnung von den Lebensverhältnissen in Berlin und den neuen Ländern hatten, über deren Schicksal. 2. Beispiel: Kurz nach der Wende hatte die gesamtdeutsche Umweltministerkonferenz beschlossen, in den westlichen Bundesländern das Naturschutzschild des Ostens einzuführen. Hiermit sollte den Naturschützern der DDR gedankt werden, die noch in der letzten Volkskammersitzung die Einrichtung großer Schutzgebiete im Osten durchgesetzt hatten. Vier Jahre später musste ich bei meinem Antritt als Umweltministerin in Schleswig-Holstein feststellen, dass dieser Beschluss nicht nur in diesem Bundesland sondern auch in allen anderen Bundesländern schlicht ignoriert worden war. Als Begründung wurden die hohen Kosten, die mit einer Umstellung verbunden wären, genannt.

Erstaunlicherweise ist der **Dialog der Menschen in Ost und West** nie richtig in Gang gekommen. An Gelegenheiten hat es nicht gefehlt. Noch vor der Wiedervereinigung waren Heerscharen von Westdeutschen in der DDR unterwegs. Sie halfen mit zum Teil bewundernswertem Engagement, die Herausforderungen der Wende zu bewältigen. Es gab keine deutsche Behörde, keinen Wirtschafts- oder Berufsverband, keinen Sport- oder Kulturverein, auch keine Partei oder sonstige politische Institution, die ihre Leute nicht mit Sachhilfen und guten Ratschlägen in den Osten geschickt hat. Der Rat war nicht immer uneigennützig. Die Ärztekammern sorgten zum Beispiel dafür, dass das bereits im Westen überholte System der ambulanten Versorgung durch private Arztpraxen anstelle der in der DDR üblichen Polikliniken übernommen wurde (außer in Brandenburg, wo die aus Ostberlin stammende Ministerin Hildebrandt dies verhinderte). Gut erinnere ich mich auch an ein Gespräch mit den westdeutschen kommunalen Spitzenverbänden zum Bau von Anlagen zur Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in ostdeutschen Gemeinden. Sie sollten natürlich mit dem höchsten Stand der Reinigungstechnik ausgestattet werden. Auf die Frage wie das zu bezahlen wäre, rieten die Kommunalvertreter zu privat-öffentlichen Finanzierungsmodellen, bei denen nicht zuletzt die Bürger kräftig zur Kasse gebeten werden. Gerade dieses Modell hatten sie in der Vergangenheit für die westdeutschen Gemeinden vehement abgelehnt.

Was will ich mit diesen Beispielen sagen? Die Kommunikation zwischen Ost und West war eine Einbahnstraße. Es kam selten zu einem Dialog. Voraussetzung hierzu wäre der gegenseitige Respekt

gewesen und die Neugier auf das Leben des Anderen. Was im Großen eigentlich nur im Kulturbereich mit Filmen wie zum Beispiel „Das Leben der Anderen“ und der Fernsehserie „Weissensee“ erfolgreich angepackt wurde, gibt es im Kleinen als Initiative einzelner Persönlichkeiten wie dem Gründer des Ost-West-Forums Gut Gödelitz, Axel Schmidt-Gödelitz. Er veranstaltet seit vielen Jahren auf dem Gut seiner Eltern in der Nähe von Dresden, das er als Westdeutscher zurückgekauft hat, Biografiegespräche. Bei diesen Wochenendgesprächen erzählen sich z.B. der ehemalige Offizier des DDR-Staatssicherheitsdienstes und der politische Häftling ihre Lebensgeschichte. Auch heute noch wäre es nicht zu spät, diese Art von Begegnungen an vielen Orten in Deutschland durchzuführen. Ich selbst engagiere mich in Gödelitz im Rahmen der Werteakademie, in der junge Menschen aus allen Schichten mit Menschen, die schon eine Menge erlebt haben, zusammen kommen. Ich verdanke übrigens Axel Schmidt-Gödelitz viele der Einsichten, die ich heute vortrage.

Mehr Wissen über und Verständnis für die Lebensgeschichten der Ostdeutschen würden uns vielleicht auch helfen, **Antworten auf irritierende Fragen** zu erhalten wie:

Warum begegnen die Menschen in den neuen Bundesländern dem westlichen Wirtschaftssystem und den politischen Institutionen mit größerer Distanz als die Menschen im Westen?

Warum ist die Fremdenfeindlichkeit im Osten trotz einer geringeren Zahl von nicht-deutschen Mitbewohnern größer als im Westen?

Warum gibt es anscheinend im Osten eine größere Bereitschaft „auf die Straße zu gehen“ und das Gewaltmonopol des Staates zu missachten als dies im Westen der Fall ist?

Für heute überlasse ich die Antworten auf diese Fragen der Diskussion. Ich freue mich auf den Meinungsaustausch mit Ihnen. So wie wir den Dialog zu unseren Mitbürgern im Osten intensivieren müssen, so wichtig ist es, auch die Sichtweise von außen kennenzulernen und zu reflektieren. Damit möchte ich den Bogen zum Anlass des heutigen Abends schlagen. Es war der Blick von außen, der Blick eines Franzosen und Germanisten, der mich am Buch von Jean-Pierre Hammer faszinierte. Möge es in auch Deutschland noch stärker beachtet werden und möglichst viele Leser finden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.